

# Die Marburger SPD

Parteitag am 27. November 2019

<b>Antrag 6</b>	
<b>Antragsteller: Jusos Marburg</b>	<b>Adressat: SPD Unterbezirk, SPD Bezirk Hessen-Nord, SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion</b>

## 1 **Rechtsextremismus bekämpfen, nicht steuerlich fördern!**

Der Parteitag möge beschließen:

2 Die Marburger SPD verurteilt die rechtsextremen Umtriebe der Deutschen  
3 Burschenschaft (DB), insbesondere der Marburger Burschenschaften Germania,  
4 Rheinfranken und Normannia-Leipzig. Wir stehen an der Seite aller, die sich diesen  
5 demokratie- und menschenfeindlichen Strukturen friedlich entgegenstellen. Wir  
6 fordern die Bundesregierung auf, die Gemeinnützigkeit von Vereinen in der Weise  
7 neu zu regeln, dass Spenden an rechtsextreme Vereinigungen nicht länger von der  
8 Steuer abgesetzt werden können.

9

### 10 Begründung:

11

12 Die Marburger SPD steht in der stolzen Tradition der Sozialdemokratie, die seit über  
13 150 Jahren gegen Rechtsextremismus kämpft. Gedankengut, das Menschen ihre  
14 Würde abspricht und anhand von rassistischen oder sexistischen Kategorien  
15 Menschen unterschiedliche Werte zu teilt, steht außerhalb unserer Gesellschaft. Für  
16 Rassismus ist in Marburg kein Platz.

17

18 Diese menschenfeindliche Ideologie findet sich leider auch in Marburg: die extrem  
19 rechte Deutsche Burschenschaft mit ihren Burschenschaften Germania,  
20 Rheinfranken und Normannia-Leipzig tritt als offen rassistische Organisation auf und  
21 ist zentraler Bestandteil des Netzwerks der sog. Neuen Rechten von AfD bis  
22 Identitäre Bewegung.

23 Während zivilgesellschaftlich wertvollen Organisationen wie dem  
24 globalisierungskritischen Netzwerk ATTAC die Gemeinnützigkeit abgesprochen  
25 wurde, können Mitglieder der rechtsextremen Deutschen Burschenschaft weiterhin  
26 ihre Mitgliedsbeiträge steuerlich absetzen: ein Teil der Mitgliedsbeiträge wird an  
27 einen als gemeinnützig eingetragenen Verein gezahlt, um formell studentischen  
28 Wohnraum zu fördern. In der Praxis wird aber eben kein Wohnraum für die  
29 Allgemeinheit, sondern für ausschließlich ideologisch passende (deutsche) Männer  
30 subventioniert. Dieses Vorgehen ist anhand der auch dem Verfassungsschutz  
31 bekannten Informationen über die Umtriebe dieser rechtsextremen Strukturen nicht  
32 mit den Werten einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft zu vereinbaren.